Daten müssen zehn Jahre lesbar sein

Bei digitalen Buchungsbelegen nicht in die Steuerfalle tappen

— Egal ob Rechnung, Lieferschein oder Überweisung – auch in Arztpraxen wird heute vieles elektronisch erledigt. Doch genau dabei können Ärzte in eine Steuerfalle tappen. Denn die elektronische Archivierung kann bei der Steuererklärung zu Problemen führen, warnt der Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller e.V. (BVBC). Der Grund: Für die digitalen Belege gelten steuerrechtlich die gleichen Vorschriften wie für Papierbelege: Bei Geschäfts- bzw. Praxisdaten muss eine Datenarchivierung über zehn Jahre gewährleistet werden – und zwar eine lesbare. Werden digitale Buchungsbelege nicht oder nur bruchstückhaft lesbar archiviert, würden die Finanzbehörden die betreffende Einnahmen-Überschussrechnung oder den Jahresabschluss schnell verwerfen und

„eine unvorteilhafte Steuerschätzung“ vornehmen, warnt der BVBC. Unter Umständen drohen sogar strafrechtliche Konsequenzen, etwa im Falle mutmaßlicher Scheinverträge. Praxen sollten daher rechtzeitig vorbeugen. Dabei ist es wichtig, digitale Buchungsbelege in ihrer ursprünglichen Form aufzubewahren. Helfen können hier PDF-Formate. Diese haben zudem den Vorteil, dass sich auch ältere Dateiversionen noch nach Jahren öffnen lassen. Bei den Speichermedien sollte ebenfalls auf längerfristige Lösungen geachtet werden. Möglich sind beispielsweise zusätzliche externe Festplatten oder, bei größeren Datenmengen, Netzwerkspeicher (Network Attached Storage).

Das Ablegen steuerrelevanter Belege in Clouds sieht der BVBC kritisch. „Einige Pro-

„Mindestens doppelt moppeln“ lautet das Gebot der Stunde beim Datenspeichern.

vider werden im umkämpften Markt nicht bestehen“, so der Verband. Und dann muss die Praxis sehen, wie sie ihre Daten rechtzeitig zurückbekommt. Grundsätzlich sollte man elektronische Belege immer mehrfach, mindestens aber doppelt sichern. Zudem sollten Praxen regelmäßig stichprobenartig die Lesbarkeit der Daten prüfen. Um Betriebsprüfern nicht mehr Informationen preiszugeben als nötig, sollten Praxen zwischen aufbewahrungspflichtigen und nicht relevanten Dokumenten unterscheiden – und nicht beides in einen Speichertopf werfen, rät der BVBC.

Rebekka Höhl

Schmerzgedächtnis

Kalzium macht Nervenzellen empfindlich

Zu gut vernetzt: Bei anhaltenden Schmerzen sorgt Kalzium in den Nervenzellen dafür, dass diese mehr Kontakte zu anderen Schmerz weiterleitenden Nervenzellen knüpfen.

— Die Arbeitsgruppen um die Heidelberger Forscher Prof. Rohini Kuner und Prof. Hilmar Bading sind der Genese chronischer Schmerzen auf der Spur [Simonetti M et al. Neuron. 2013;77(1):43-57]. Wird bei heftigen oder anhaltenden Schmerzen sehr viel Kalzium in die Zellen transportiert, gelangt es auch in den Zellkern. Dort reguliert es, wel-

che Gene aktiviert oder deaktiviert werden. „Diese von Kalzium regulierten Gene sind der Schlüssel für die Chronifizierung von Schmerzen im Rückenmark, da sie dauerhafte Veränderungen anstoßen können“, erklärt Kuner in einer Pressemitteilung der Universität Heidelberg. Die Forscher identifizierten u. a. eine Familie von Genen, die bisher nur mit Entzündungsprozessen des Immunsystems in Verbindung gebracht wurden. In den Nervenzellen des Rückenmarks sorgen sie dafür, dass nur eine bestimmte Anzahl an Synapsen zu anderen Nervenzellen ausgebildet wird. So werden der Grad der Vernetzung und die Intensität der Signalübertragung reguliert. Laborversuche zeigten: Wird die Genfamilie von Kalzium deaktiviert, bilden sich zusätzliche Synapsen, die Zelle wird empfindlicher. „Diese strukturelle Veränderung der Zellkontakte kann die dauerhafte Natur einer Vielzahl von Schmerzkrankheiten erklären“, so Kuner. Zudem ergäben sich neue Ansatzpunkte, um in Zukunft die Entstehung von chronischem Schmerz zu verhindern, ergänzte Bading.

Doris Berger

Palliativmedizin

Plädoyer für Ausbau der Versorgung

— Palliativmedizin sollte ein Schwerpunkt der deutschen Gesundheitspolitik werden, die Versorgungsstrukturen für sterbende Menschen müssten ausgebaut werden. Das fordert das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). Die Vollversammlung des ZdK hat dazu eine Erklärung „Leben bis zuletzt – Sterben in Würde“ verabschiedet. Sterbende Menschen müssten dort versorgt werden, wo sie leben – sei es zu Hause, in der Klinik oder einem Hospiz. Das ZdK fordert daher, die Ausbildung von Ärzten und Pflegekräften zu verbessern, ambulante Hospizarbeit mehr zu unterstützen und Berufstätige für die Pflege sterbender Angehöriger bei der Lohnfortzahlung freizustellen. Ausdrücklich wendet sich das ZdK dagegen, organisierte oder ärztliche Beihilfe zur Selbsttötung zu legalisieren. Kritik übt das ZdK auch an der Honorierung der palliativmedizinischen Leistungen durch Fallpauschalen. Dies führe zu „erheblichen Fehlanreizen“.

Johanna Dielmann-von Berg